Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3294. • Expedition: Amt VI, 3345.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 297. [48. Jahrgang.] **Freitag den 18. Dezember 1908.** **[48. Jahrgang.] Nr. 297.**

Abonnements-Einladung.

Auf dem Gebiete der inneren und der auswärtigen Politik stehen

Fragen von hervorragendster Bedeutung

zur Erörterung und Entscheidung. Schon der kurze Abschnitt der Tagung unserer Volksvertretungen, der hinter uns liegt, hat eine Fülle wichtigster Probleme in das helle Licht parlamentarischer Erörterungen gestellt; noch viele Monate wird der Kampf der Meinungen ausgefochten werden, bis er zum Austrag gelangt.

Tag für Tag sind in großer Zahl Meldungen und Mitteilungen über internationale Vorgänge zu verzeichnen, durch die die Beziehungen der großen Mächte und der kleineren Staaten zueinander mehr oder minder lebhaft berührt werden.

Wenn je, so bedarf in so bewegten Zeiten jeder Mann, sofern er an öffentlichen Angelegenheiten teilnimmt, eines zuverlässigen Führers, der nicht durch sensationell zugestutztes wertloses Blendwerk verwirrt, sondern, auf beste Informationen und Sachkenntnis gestützt, dem Leser die Möglichkeit bietet, sich auf Grund gut geschteten Materials selbst ein Urteil zu bilden.

Als einen solchen Führer darf sich die

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

empfehlen. Sie unterrichtet am zuverlässigsten über die Ereignisse der auswärtigen Politik, sie berichtet rasch, gewissenhaft und erschöpfend über alle wissenswerten Geschehnisse auf dem Gebiete der inneren Politik, über wirtschaftliche und soziale Vorgänge, über Marine- und Kolonialangelegenheiten sowie namentlich über militärische Fragen.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung steht außerhalb jeder Partei, hält sich völlig unbeeinflußt von jedwedem Fraktionsgeiste und verfolgt keine anderen als nationale Interessen.

Besonders sei die Aufmerksamkeit auf unseren Parlamentsbericht gelenkt, der ein vollkommen objektives Bild von dem Verlauf der Verhandlungen gibt.

Auch dem Handelsteil wird unablässige Aufmerksamkeit gewidmet. Neben den täglichen Mitteilungen über alle wichtigeren Vorgänge auf dem Gebiete der Börse und des Handels werden wöchentliche Uebersichten veröffentlicht, die die letzendem Geschäftspunkte für die Beurteilung der wirtschaftlichen Gesamtlage zusammenfassen. Ueber die Börsenvorgänge im Auslande werden die Leser ebenfalls fortlaufend unterrichtet.

Der unterhaltende Teil des Blattes unterrichtet eingehend über die Vorgänge auf den Gebieten der Wissenschaft, Literatur, Kunst, Theater, Musik und Technik. Außerdem bietet er mannigfaltige Plauderein über die ernsten und heiteren Erscheinungen des Lebens. Sorgfältig ausgesuchte Romane und Novellen deutscher und ausländischer Verfasser ergänzen den reichen Inhalt dieses Teiles des Blattes.

Die

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

erscheint zum Preise von

4 Mark vierteljährlich

in einer großen einmaligen Ausgabe des Abends, die in der parlamentarischen Zeit durch eine Morgenausgabe mit den ausführlichen Parlamentsberichten ergänzt wird. Am Sonntag morgen wird regelmäßig eine Nummer ausgegeben.

Berlin, den 17. Dezember.

Rundschau im Auslande.

Zu den Orientfragen.

Die Orientbahnangelegenheit.

Wie das Wolffsche Telegraphen-Bureau mitteilt, hat die bulgarische Verbalnote in der Orientbahnangelegenheit in Berliner Interessentenkreisen nicht befriedigt, sondern wird als ein Versuch zur weiteren dilatorischen Behandlung der Frage angesehen.

* * *

Das ottomanische Parlament.

Konstantinopel, 16. Dezember. (Wiener Telegr.-Korresp.-Bureau.) Bis heute liegen Meldungen über 206 Wahlen vor. Es wurden gewählt: 161 Mohammedaner, darunter 106 Türken, 28 Araber, 24 Albanesen, 3 Kurden; 41 Christen, darunter 23 Griechen, 9 Armenier, 4 Bulgaren, 3 Serben, 1 Walache, 1 Maronit; ferner 3 Israeliten, 1 Druse. Aus 15 arabischen und kurdischen Sandschaks sowie aus Yémen ist noch keine Meldung über das Wahlergebnis eingegangen. In Konstantinopel sind bisher über 190 Abgeordnete eingetroffen, von denen zirka 80 ausgesprochene Jungtürken und ebensoviele Anhänger des jungtürkischen Komitees sein sollen. Das heutige Amtsblatt veröffentlicht das endgültige amtliche Programm für die Eröffnung des Parlaments. Die Fahrt des Sultans soll Zeitungsnachrichten zufolge über Pera erfolgen. Die außerordentliche Beschränktheit der Parlamentsräume macht sich unangenehm fühlbar. Dieser Mangel wird im Verein mit dem Umstand, daß die Einrichtung des Parlaments und der innere Dienst nur mangelhaft oder noch gar nicht organisiert sind, die parlamentarische Berichterstattung außerordentlich erschweren.

Wie die Frankfurter Zeitung aus Konstantinopel meldet, erfolgte am 16. d. M. die Ernennung von Senatoren. Die Zahl derselben beschränkt sich auf 42 anstatt auf 80, bis zu welcher Zahl die Verfassung hinaufzugehen gestattet. Der Senat setzt sich aus älteren Beamten und Generalen zusammen, welche fast sämtlich unter dem alten Regime eine Rolle gespielt haben.

Konstantinopel, 17. Dezember, Vormittags 9 Uhr. Aus Anlaß der heutigen Eröffnung des Parlaments ist die Stadt festlich geschmückt. Die Zeitungen bringen Begrüßungsartikel, in denen sie den Beginn einer neuen Epoche feiern. Die staatlichen Bureaus und viele Privatinstitute sind geschlossen. Freudig erregte Menschenmengen durchziehen die Straßen. Truppen ziehen zur Spalierbildung auf. Das Wetter ist schön.

Die Annexionsangelegenheit.

Das in Wien eingegangene Antwortschreiben des Königs von Italien auf das Schreiben des Kaisers in der Angelegenheit der Angliederung Bosniens und der Herzegowina hat der italienische Botschafter, wie die Politische Korrespondenz erfährt, am Mittwoch im Ministerium des Aeußern zur Kenntnis gebracht; gleichzeitig hat der Botschafter um eine Audienz beim Kaiser zur Ueberreichung des Schreibens nachgelaucht.

Das österreichische Abgeordnetenhaus begann am Mittwoch die Verhandlung über die die Annexion Bosniens betreffenden Dringlichkeitsanträge.

Zuvörderst begründete Prinz Liechtenstein (christlich-sozial) seinen Antrag. In längeren Ausführungen sagte er, daß keine politisch reife Partei gegen die erste Lesung des Annexionsgesetzes Einwendung erheben werde. Aber schon jetzt müsse sich das Haus durch eine unzweideutige und entschiedene Erklärung gegen die Auffassung wenden, welche in Ungarn einen von dem österreichischen abweichenden Gesetzestext zu stande brachte. (Beifall.) Redner kam zu dem Schlusse, daß weder Oesterreich noch Ungara das Okkupationsgebiet zufallen dürfe, sondern eine Einigung und freie Selbstregierung des serbo-kroatischen Volkes unter dem Szepter des Kaiserhauses die einzige ausführbare Lösung bilden könne. (Lebhafter Beifall.) — Abg. Susteršič erklärte in Begründung seines Antrages, die Südslawen beanspruchten die Verbindung der südslawischen Länder zu einem eigenen staatsrechtlichen Körper, unter dem Szepter des Kaisers, sowie alle nationalen historischen Rechte. Redner verlangte, daß das Bosnien zu gewährende Verfassungswerk im Einvernehmen mit der Bevölkerung zu stande komme, und daß derselben, selbstverständlich im Rahmen der Monarchie, volle Freiheit und Selbständigkeit gegeben werde. — Abg. Renner wandte sich dagegen, daß die Annexion ohne Befragen der bosnischen Bevölkerung und ohne Zustimmung des parlamentarischen Vertretungskörpers erfolgte, und wies auf die politisch und wirtschaftlich nachteiligen Folgen der Annexion hin. Die ausübrigen Mächte — auch Rußland, das sich jetzt als der Vertreter des Slawen gerierte — verfolgten in der Annexionsfrage egoistische Tendenzen. Die Slawen Oesterreichs würden es sich sehr überlegen, sich unter den Schutz Rußlands zu begeben. Redner betonte schließlich die Notwendigkeit der Beschickung der Konferenz durch Oesterreich, damit die Kriegsgefahr mit allen Mitteln beseitigt werde. — Wolf erklärte, die Alldeutschen mißbilligten die Annexion Bosniens, sowie die Abenteuerpolitik Aehrenthals. — Laginja betonte, Oesterreich müsse die Frage der nationalen Einheit aller Südslawen innerhalb des Rahmens der Monarchie lösen, oder es werde auch Kroatien verlieren. — Baljak (Serbe) bedauerte die Spaltung der Serben und erklärte, die bosnischen Serben seien um so mehr um ihre Zukunft besorgt, als die Idee der Annexion sich als ein gesamtdeutsches Interesse darstelle, weshalb sie auch nachdrücklichst von deutscher Seite unterstützt werde.

* * *

Die Boykottfrage.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Odessa: Infolge des anhaltenden Boykotts der österreichisch-ungarischen Waren im nahen Osten wird ein großer Export von Manufakturwaren aus dem Hafen Odessa nach Konstantinopel, Smyrna, Beirut und Jaffa beobachtet.

* * *

Serbien.

Wie aus Belgrad telegraphiert wird, erstattete der Spezialgesandte Nowakowitsch Mittwoch vormittag dem Minister des Aeußern Milowanowitsch Bericht über die Ergebnisse seiner Konstantinopeler Mission. Am Nachmittage wurde Nowakowitsch vom Könige in längerer Privataudienz empfangen. — Wie Stampa meldet, beschäftigte sich der Ministerrat am 15. d. M. mit der Forderung des Kriegsministers, für die Heeresaufrüstung einen weiteren Kredit von 11 Millionen Dinar zu bewilligen.

* * *

Aus der russischen Reichsduma.

In der Sitzung der russischen Reichsduma vom 16. d. M. verlas der Präsident eine Begrüßungsdepesche an die montenegrinische Skupschtina aus Anlaß ihrer Sessionseröffnung. Die Verlesung des Telegramms hat die Mehrheit der Duma mit Unwillen und lebhaften Handelsklatschen begrüßt. Sodann wurde der Vorschlag des Präsidenten, das türkische Parlament zu seiner Eröffnung telegraphisch zu beglückwünschen, mit anhaltendem Beifall angenommen.

Unruhen in Caracas.

Ueber New York wird aus Caracas berichtet: Infolge des Vorgehens der holländischen Kriegsschiffe kam es hier am 14. d. M. zu Revolten und Plünderungen, bei denen auch Eigentum von Freunden Castros geplündert wurde. Das Standrecht ist proklamiert worden. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Kundgebungen, die von der Menge veranstaltet wurden, richteten sich nicht gegen Holland, sondern gegen Castro und Gomez. Fremde wurden nicht belästigt. Am Dienstag zeigte die Stadt wieder ihr gewöhnliches Aussehen.

Ueber die Kundgebungen der Bevölkerung von Caracas gegen Castro wird der New Yorker Associated Preß gemeldet: Eine wütende Menge durchstreifte die Stadt, zertrümmerte die in den Klubhäusern und in anderen Gebäuden befindlichen Bilder des Präsidenten und verbrannte sie auf der Straße unter Judelgeschrei. Die verbrannten Bilder, auch die der Druckerei der Zeitung El Constitucional, des Organs des Präsidenten Castro, sowie verschiedene Drogenläden eines Freundes Castros wurden zerstört. Ueberall auf den Straßen liegen zerschlagene Möbel. Die Polizei ließ die Menge gewähren.

Weitere Meldungen aus Caracas besagen, daß die Stadt von Tagesanbruch bis 1 Uhr Nachmittags unter der Herrschaft des Volkes stand, das jedoch ohne Führer war. Von der Regierung wurden Truppen aufgeboten. Gomez verlas ein an das Volk gerichtetes Manifest, worauf es sich bald beruhigte und auseinanderging. Gegen die Angestellten des Blattes El Constitucional wurde eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet, weil sie dadurch, daß sie zuerst auf das Volk schossen, die Unruhen veranlaßt haben sollen. Das Blatt hat sein Erscheinen eingestellt. In Caracas erscheint infolgedessen keine Zeitung.

Ein Telegramm der deutschen Kabelgramm-Gesellschaft aus Willemstad, den 16., berichtet: In Caracas kam es zu ernsteren Straßenkundgebungen gegen den Präsidenten Castro. Mehrere Häuser wurden zerstört, verschiedene Personen getötet. Ueber ganz Venezuela wurde der Belagerungszustand verhängt.

Von der französischen Marine.

In der gestrigen Sitzung des französischen Senats wurde die Beratung des Marinebudgets begonnen.

Lamarzelle (Rechte) fragte, ob angesichts der beständigen Möglichkeit eines Krieges, der auf allen Seiten drohe, noch Zeit sei, die französische Marine zu reorganisieren. Redner verwies Frankreich auf das Beispiel Englands, das seit der Rede Lord Roberts' eine bewunderungswürdige patriotische Erregung durchzittere. (Beifall rechts.) Marineminister Picard rühmte die französische Marine, die von der Republik zur Blüte gebracht worden sei, wurde aber von der Rechten unterbrochen. Senator Delahaye wurde zur Ordnung gerufen. Im weiteren Verlauf seiner Rede sagte der Marineminister, es würden alle Anstrengungen gemacht werden, um die Rivalen Frankreichs einzuholen. Die großen Einheiten würden im nächsten Flottenprogramm einen hervorragenden Platz einnehmen, jedoch sollten die kleinen Schiffe nicht geopfert werden. Picard entwickelte sodann das bereits in der Kammer abgeänderte Programm für die Reorganisierung der Marine.

Hierauf wurde die Generaldiskussion geschlossen. In der Spezialberatung wurden die ersten fünf Artikel angenommen und sodann die Sitzung aufgehoben.

Von der französischen Fremdenlegion.

Wie über Paris aus Saida gemeldet wird, ist auch der Anführer der desertierten Fremdenlegionäre in der Gegend von Marhoum ergriffen und der Gendarmerie übergeben worden. Eine Gendarmerieabteilung griff bei Telagh fünf andere desertierte Legionäre auf, die aber nicht an dem Zugübersall beteiligt waren. Der Oberkommandierende der französischen Truppen in Algier, General Lyautey, kommt nach Saida, um die Untersuchung wegen der Desertion der 50 Fremdenlegionäre selbst zu leiten und sich auch über die Beweggründe zur Desertion zu unterrichten.

Jaurès schreibt in der Pariser Humanité: Die Fremdenlegionäre werden uns gewiß andauernd Schwierigkeiten verursachen. Die Idee, eine französische Streitkraft aus Fremden, zumeist aus fremden Deserteuren, zu bilden, ist jedenfalls seltsam. Ganz sicher aber ist, daß weder auf deutscher noch auf französischer Seite eine Zeitungsfehde nachgerufen werden wird wie seinerzeit durch die Angelegenheit von Casablanca.

Präsident Roosevelt und der amerikanische Senat.

Der Senat in Washington faßte am 16. d. M. eine Resolution, in der die Budgetkommission angewiesen wird, in Erwägung einzutreten über eine Stelle in der Botschaft des Präsidenten an den Kongreß, in der es heißt, die Geheimpolizei solle den Mitgliedern des Kongresses ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Die Kommission soll Vorschläge machen, welche Stellung der Senat in dieser Angelegenheit einnehmen soll. Senator Bailey erklärte, die Aeußerung des Präsidenten sei die gröbste und leichtfertigste Beleidigung, die jemals einer öffentlichen Körperschaft der Welt angetan worden sei.

Kleinere politische Nachrichten.

In Täbris ist, laut einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur, ein Polizeichef ernannt worden, dem 400 Bewaffnete zur Verfügung gestellt werden. In Ahn ed Daulehs Lager ist das Demawendsche Regiment eingetroffen.

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser hörte heute vormittag im Neuen Palais bei Potsdam die Vorträge des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabes.

* Prinzessin Helene von Sachsen-Altenburg ist gestern von hier nach Langbagen abgereist.

** Der Reichskanzler Fürst v. Bülow empfing am Mittwoch den brasilianischen Gesandten Jitbere da Cunha.

* Der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Radolin, ist mit Gemahlin zum Kurgebrauch gestern in Wiesbaden eingetroffen.

* Der österreichisch-ungarische Gesandte in Stockholm Exerjey von Szaszparos und Tott ist, von Wien kommend, hier eingetroffen und hat im Hotel Hadeburger Hof Wohnung genommen.

* Der Großherzog von Baden verlieh, der Karlsruher Zeitung zufolge, einer Reihe von schwedischen Hof- und Staatsbeamten Ordensauszeichnungen; u. a. dem Gesandten in Berlin, Grafen Taube, das Großkreuz des Ordens Berthold I.

k. Generalleutnant v. Boehn, Kommandeur der 18. Division, und Major z. D. v. Wrochem, Kommandeur des Landwehrbezirks Deutsch-Eylau, sind mit Urlaub in Berlin eingetroffen.

k. Die Obersten v. Oppeln-Bronikowski, Kommandeur des Infanterieregiments Nr. 138, Frhr. v. Buddenbrock, Kommandeur des Ulanenregiments Nr. 1, und Frhr. v. Seckendorf, Kommandant der Festung Mainz, Major Baechter, beim Stabe des Feldartillerieregiments Nr. 34, und Oberstabsarzt Wasserfall, Regimentsarzt des Infanterieregiments Nr. 85, sind nach dreitägigem Urlaub von hier abgereist.

k. Die Oberstleutnants v. Dehn-Rothfelser, Inspekteur der militärischen Strafanstalten, Stolberg, Abteilungschef bei der Artillerie-Prüfungskommission, und v. Voigts-Rhetz, Abteilungschef im Kriegsministerium, haben die Garnison verlassen.

k. Major Habicht, Adjutant der Generalinspektion der Fußartillerie, ist in die Garnison zurückgekehrt.

Deutsches Reich.

* Die Ausführungsbestimmungen des preußischen Kultusministeriums zu dem Erlaß vom 18. August d. J. über die Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens sind soeben erschienen (Berlin, J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger, Zweigniederlassung). An die Mitteilung der genannten Verfügung schließen sich zwanzig bezw. zweiundzwanzig Lehrpläne für die einzelnen Unterrichtsfächer, ferner Vorschriften über die äußeren Einrichtungen und den Lehrbetrieb in den höheren Mädchenschulen, Lyzeen und Studienanstalten, endlich die entsprechenden Bestimmungen über Versetzung der Schülerinnen.

* Als besondere Beilage liegt unserer heutigen Nummer eine Nachweisung der in den Jahren 1909 und 1910 zur anderweiten Verpachtung kommenden Königlich preußischen Domänenvorwerke bei. Die Königlichen Regierungen werden ferner auf Verlangen von Pachtlustigen die gedruckten allgemeinen und die besonderen Verpachtungsbedingungen, sowie die Bietungsregeln für jede Domäne gegen Erstattung der Schreib- und Druckkosten mitteilen. Auch wird von den genannten Behörden den Pachtlustigen auf Wunsch für bestimmte Domänen von den Bietungsterminen, sowie von dem Betrage des nachzuweisenden Vermögens noch besondere Nachricht gegeben werden.

* Aus Königsberg i. Pr. wird berichtet: Wie aus authentischer Quelle von Berlin mitgeteilt wird, beabsichtigt die Staatsregierung, keine Gesetzesvorlage über die innere Kolonisation einzubringen. Sie stehe nach wie vor auf dem vom Landwirtschaftsministerium im März d. J. kundgegebenen Standpunkte und hält für Ostpreußen am Ausbau der Landgesellschaft mit beschränkter Haftung auf Grundlage der Selbstverwaltung der Provinzbeteiligten fest.

Sie lehnt es ab, eine besondere Behörde für die innere Kolonisation oder eine öffentlich-rechtliche Körperschaft zu diesem Zwecke zu schaffen. Der Staat sichert der Provinz Ostpreußen als einmalige Dotation die gleiche Summe, wie sie die Provinzbeteiligten aufbringen, und außerdem feste Ansiedlungszuschüsse jährlich bis zur Höhe von 400 000 zu. Damit entfällt die Annahme, welche Freiherr v. Wangenheim auf der Königsberger Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte am 12. Dezember über die Gestaltung der inneren Kolonisation durch die Staatsregierung aussprach, sowie die daran geknüpften Folgerungen.

* Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise **Schrimm-Schroda** (Posen 7) ist für den 6. Februar 1909 anberaumt worden.

* In Berichtigung seiner gestern hier wiedergegebenen Meldung teilt der Schwäbische Merkur mit: „Die Nachricht, daß Württemberg infolge Eintritts in den Deutschen Staatsbahnwagenverband seinen Güterwagenpark um 1600 Stück vermehren muß, ist unzutreffend. Wie wir erfahren, wird unsere Eisenbahnverwaltung binnen 3 Jahren nur etwa 800 Wagen anzuschaffen haben, um seinen Bestand auf die vereinbarte Höhe zu bringen. Diese Vermehrung wäre aus dann geboten gewesen, wenn der Verband nicht Zuwachs bekommen wäre. Soweit sich vorläufig beurteilen läßt, wird übrigens nach Zustandekommen des Verbandes auf eine entsprechende Vermehrung des in den Wagen steckenden Anlagekapitals eher gerechnet werden können als bisher. Daß sich künftig die laufende Verwendung der Güterwagen in beschiedenen Grenzen halten kann, als bei der seitherigen Lage, ist selbstverständlich. Denn infolge der zu erwartenden Ersparnisse an Leerkilometern wird der zu Bedingung des gesamten deutschen Verbehrs vorzubaltende Wagenbestand kleiner sein dürfen, als er ohne den Verband sein müßte. An diesen Ersparnissen nimmt Württemberg entsprechend teil."

* Am Sonnabend hielt in Berlin der **Reichsverband gegen die Sozialdemokratie** unter dem Vorsitz des Reichstagsabg. v. Liebert seine ordentliche Ausschußsitzung ab. Dem vom leitenden Geschäftsführer Dr. Boyenschen erstatteten Geschäftsbericht ist u. a. zu entnehmen:

Gerade infolge der ruhigeren Zeitverhältnisse des Jahres 1908 hatte der Verband die beste Gelegenheit, in aller Stille seine Organisation weiter auszubauen. Auf annähernd 180 000 Mitglieder hat er es im Jahre 1908 gebracht (16 604 mehr als im Jahre vorher) und die Zahl seiner Ortsgruppen und Sammelstellen ist von 452 auf 623 gestiegen, hat also um 172 sich vermehrt. Und auch an innerer Kraft hat der Reichsverband erheblich gewonnen. Während nämlich die Zahl der ihm körperschaftlich angeschlossenen Mitglieder nur um 10 v. H. zugenommen hat, ist diejenige der durch persönlich eingetretene Mitglieder des Reichsverbandes eine Vermehrung von fast 46 v. H. auf. Wie nachhaltig die Organisations- und Agitationstätigkeit der Geschäftsstellen des Reichsverbandes auch im verflossenen Jahre bereits gewesen ist, ergibt sich daraus, daß 1908 durch die verbandenen Geschäftsstellen nur 100 Ortsgruppen mit rund 6000 neuen Mitgliedern ins Leben gerufen worden sind. Ferner sind durch die Generalsekretäre und Redner des Reichsverbandes im Jahre 1908 insgesamt 726 Versammlungen abgehalten worden gegenüber 600 Versammlungen im Jahre 1907, also ein neuer Beweis dafür, daß die Arbeit niemals ruht. In Anlehnung an einen Beschluß des Ausschusses von 1906 war im Jahre 1907 eine neue Einrichtung ins Leben gerufen worden, deren Zweck es sein sollte, neue Kämpfer für den schweren nationalen Kampf des Reichsverbandes heranzubilden. Dies ist in den sogenannten fliegenden Rednerschulen geschehen, die im Jahre 1907 zunächst nur in bescheidenem Umfange hatten abgehalten werden können. Ihre Aufgabe sollte auch noch darin bestehen, gewissermaßen eine Art Vorschule zu sein für den an der Hauptstelle abzuhaltenden Rednerkursus. Und so setzte sich die Zeitschriftenpolitik der im Jahre 1908 in Berlin abgehaltenen fünften Rednerschule des Reichsverbandes zum ersten Male aus solchen Mitgliedern zusammen, die bereits mit Erfolg eine fliegende Rednerschule durchgemacht hatten. Dieses System hat sich durchaus bewährt und soll darum auch in Zukunft beibehalten werden. Infolgedessen wurde auf eine erhebliche Vermehrung der sogenannten fliegenden Rednerschulen Bedacht genommen werden, und in der Tat war es dank dem Eifer der Ortsgruppen des Reichsverbandes möglich, im Jahre 1908 24 fliegende Rednerschulen abzuhalten, in denen von 60 Dozenten 140 Vorträge gehalten wurden. Schon im Jahre 1908 hatte der Reichsverband zum ersten Male einen nationalökonomisch-politischen Ausbildungskursus für Lehrer eingerichtet, der sich ebenfalls eines großen Erfolges zu erfreuen hatte. Soll in den Schulen Bürgerkunde gelehrt werden, dann ist die Vorbedingung, daß vor allem die Lehrer selbst darüber eingehend sich unterrichten, und um ihnen dieses zu erleichtern, war vom Reichsverband jener Kursus für Lehrer abgehalten worden. Auch in Zukunft werden alljährlich ein oder zwei derartige ausschließlich für Lehrer bestimmte nationalökonomisch-politische Kurse abgehalten werden. Auch die Vorsitzenden des Reichsverbandes ist in 150 300 Exemplaren in die Presse und an die Organisationen und Vertrauensmänner des Reichsverbandes, sowie die angeschlossenen politischen Vereine versandt worden. Ein neues Aufklärungsmittel für weite Kreise ist der zum ersten Male für 1909 herausgegebene Volkskalender gewesen, der ebenfalls unentgeltlich in annähernd 300 000 Exemplaren verbreitet werden konnte. Zum Schluß sei nur noch erwähnt, daß der Reichsverband auch im Jahre 1908 21 Reichstagskandidaturstellen, die zum Teil mit nationalen Arbeitersekretariaten verbunden sind, unterstützt und selbst unterhalten hat.

* Schnell zum unentbehrlichen Hülfsmittel geworden ist **Die Weltwirtschaft**, ein Jahr- und Lesebuch unter Mitwirkung zahlreicher Gelehrter herausgegeben von Dr. Hellfer und Dr. Emil v. Halle. Berl. Admiralitätsstraat (III. Jahrgang 1908. 2. Teil: Deutschland. Geb. 4 M, geb. 4.80 M. Ernstgütiger Preis für alle 3 Teile geb. 12 M. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig). Sowohl Behörden als Gemeinde, wirtschaftliche Verbände und Praktiker, Parlamentarier und Geschäftsleute, greifen nach diesem Werk, das auch ein brauchbares Lehrmittel für Hoch- und Fachschulen, ein Lesebuch für die deutsche Lehrerschaft und die deutschen Lernenden geworden ist. Der vorliegende dritte Jahrgang weist äußerlich insofern wieder eine wesentliche Verbesserung auf, als er, ohne daß der Preis weiterer wäre, in Quartformat erscheint, weil dadurch eine bedeutend bessere Anordnung der Uebersichtstabellen, in denen ein Hauptwert des Werkes besteht, sich erreichen ließ. Der Teil Deutschland beginnt mit einer umfassenden Uebersicht über die Landwirtschaft nebst den ihr verwandten Betriebszweigen und Gewerben (von Generalsekretär des Königlich Preußischen Landesökonomiekollegiums Dr. W. v. Altrock), welche in diesem Jahrgang in so erheblichem Maße erweitert wurde, daß hier nunmehr das Ziel der Vollständigkeit erreicht ist; Pferdezucht und Gestütgezucht wurden neu aufgenommen. Die Uebersicht über die Industrie wird eröffnet durch den Artikel Bergbau, auf welchen die Uebersichten über Keramik und Glaswaren folgen, in denen als besonders erfreuliches Zeichen hervorgehoben werden konnte, daß sich eine deutliche Wendung des Geschmackes zur Einfachheit und Materialmäßigkeit der Formen bereits auch schon im großen wirtschaftlich bemerken macht. An den Artikel Edelmetallindustrie schließt sich sodann die Uebersicht über die Maschinenproduktion, in welcher, ihrer Wichtigkeit entsprechend, der Elektrotechnik ein besonderes Kapitel gewidmet ist. Es folgt die Uebersicht über die chemische Industrie und die Produktion an Seifen und Parfümerien, in welchen beiden das Berichtsjahr ein erfreuliches Bild bot. Auf die Uebersicht über die Textilindustrie (Seide, Leinen, Baumwolle), die Papierfabrikation (Papier und Zellstoff), sowie die Lederindustrie folgt diejenige über den Holzhandel und die Holzindustrie und die Spitzenindustrie, für welche das Berichtsjahr das